

Angst zu schüren, war noch nie ein geeignetes Mittel, klare und verantwortbare politische Prozesse in Gang zu setzen. Die Politik der SED in den vergangenen Jahrzehnten belegt das im Übermaß. Sie mußte ständig die Angst beschwören, die wir vor "gewissen Kreisen" im Westen zu haben hätten, um das ganze System der Reglementierung des Volkes zu rechtfertigen.

Die Mauer, dieses Symbol des Angstmachens, ist nun weg. Ich fürchte aber, daß das jahrzehntelange Einklinkern von Angstgefühlen auch so etwas wie eine Mauer in unseren Köpfen und Herzen zurückgelassen hat. Denn wie anders ist es zu erklären, daß wahrheitsliebende und aufrechte Menschen, die für die Erneuerung unseres Landes gut stehen, einen Aufruf verfassen und verbreiten, der eindeutig die Sprache des Angstmachens spricht und hinter dieser Sprache eine unklare und vage politische Position verbirgt?

Der Aufruf will verhindern, daß in der DDR eine politische Perspektive der Einigung der beiden deutschen Staaten zu einem Staat im Rahmen eines europäischen Hauses entsteht. Er ist als solcher eine Reaktion auf den Plan zur Deutschlandpolitik, den die Bundesrepublik Deutschland vorgelegt hat und zu dem es ja in der Tat viel zu fragen gibt. Was aber macht der Aufruf? Er entwirft ein Szenarium von endzeitlich-religiösem Gehalt: "Noch" ist der gute Weg zu gehen; aber die Gefahr, daß wir verschlungen werden, lauert vor der Tür! Diese Gefahr wird eindeutig genannt. Es sind "einflußreiche Kreise" in der Bundesrepublik, die den "Ausverkauf" unserer "materiellen" und merkwürdigerweise auch unserer "moralischen Werte" betreiben wollen und uns zu "Vereinnahmen" trachten. Jeder überzeuge sich selbst, wie sich das mit dem vorgelegten Text der Bundesregierung reimt. Aber darum soll es hier gar nicht gehen. Was mich tief erschrocken macht, ist etwas anderes.

Hat denn niemand bemerkt, daß das genau die alten stalinistischen Propagandatöne sind? Schlimmer noch: Dürfen wir uns eines Sprachmusters bedienen, das in Deutschland eine ganz schlimme Vergangenheit hat? Erinnert sich denn niemand mehr daran, daß einmal ein ganzes Volk unter den Verdacht gestellt wurde, mit seinem Geld die Deutschen auszukaufen, ja aufzusaugen? An welche Ängste von Menschen wird hier appelliert? Kann die Verteufelung, die am Ende die ganze Bundesrepublik Deutschland erfährt, überhaupt ein sinnvoller Weg zu einem vernünftigen Verhältnis mit dem anderen deutschen Staat sein?

Unsere jüngste Vergangenheit hat uns offenbar unfähig gemacht, worturteilslos und nüchtern die Wahrheit über dieses Land zu sagen. Man muß sich fast entschuldigen, wenn man das tut. Aber es hilft nichts wir müssen uns vor allem den Realitäten stellen, wenn die Erneuerung unseres Landes nicht schon wieder durch verzerrte Bilder von diesen Realitäten motiviert werden soll. Die Bundesrepublik Deutschland ist heute ein funktionierender Rechtsstaat, wie es ihn als Rechtsstaat noch nicht auf deutschem Boden gegeben hat. Seine bestimmenden Kräfte sind politische Parteien, die in ihrem Wechselspiel für die Dauerhaftigkeit der Demokratie, für die Erhaltung des Friedens, für die Freiheit des Geistes und für das soziale und materielle Wohlergehen der Bevölkerung einstehen. Man kann das sagen, ohne die Gefährdungen und großen Schattenseiten zu vertuschen, die die "freie Marktwirtschaft" und der unverantwortliche Gebrauch demokratischer Freiheiten in diesem Lande auch mit sich bringen. Ein solcher Rechtsstaat also, der seine Demokratiefähigkeit allen Gefährdungen zum Trotz unter Beweis gestellt hat, macht nun also

Vorschläge für einen Prozeß der Einigung beider deutscher Staaten, über den unter demokratischen Voraussetzungen geredet und verhandelt werden soll.

Wie reagiert der Aufruf darauf? Er verschweigt, daß es überhaupt eine "deutsche Frage" gibt. Er tut das angesichts der Hunderttausende, die seit der Öffnung von Ungarns Grenzen in die Bundesrepublik gegangen sind und angesichts der Tausende, die - wenn die Nachrichten stimmen - heute noch täglich weggehen. Er macht Angst vor jenen Vorschlägen und bietet auf diesem Hintergrund eine "sozialistische Alternative" für unser Land an. Doch diese Alternative ist kein Boden, auf dem man stehen kann, ohne daß einem bei näherem Zusehen sofort der Boden unter den Füßen wegrutscht. Auf der einen Seite wird nichts weiter gesagt als das, was jede der demokratischen Parteien der Bundesrepublik sofort unterschreiben würde. Was das "Sozialistische" an dieser Alternative sein soll, ist darum gänzlich unklar. Auf der anderen Seite war das für Egon Krenz und die anderen Mitglieder des Politbüros sicher nicht unklar, als sie diesen Aufruf sofort unterschrieben. Denn für sie ist Sozialismus nach wie vor die Verwirklichung des Marxismus-Leninismus. Aber die Fähigkeit dieser Klassenkampfideologie zum demokratischen Aufbau einer Gesellschaft steht ja heute gerade fundamental in Frage.

Also was ist dann "Sozialismus", den der Aufruf meint? "Unsere antifaschistischen und humanistischen Ideale", die in der Tat jeder hat, der in den vergangenen Jahrzehnten wach in dieser Gesellschaft lebte? Aber wir müssen doch auch sagen: Es gibt leider die Reinheit dieser Ideale nicht mehr - auch nicht in der Kirche. Sie sind durch die Realität unserer Moral schon in der stalinistischen Gründerzeit der DDR und dann immer aufs neue korrumpiert worden. Was sie aber rein machen soll, das sind - wenn man sich der positiven Worte des Aufrufs bedient - Werte und Strukturen, die nicht für den "realen Sozialismus", sondern - wie annäherungsweise auch immer - für die rechtsstaatlichen Demokratien des Westens charakteristisch sind. Es darf darum nicht verschleiert werden, daß die "sozialistische Alternative" erst auf dem Grunde riesiger Anleihen bei den geistigen Werten rechtsstaatlicher Demokratien, zu denen auch die Bundesrepublik gehört, eine Art Glaubwürdigkeit bekommt (un von den notwendigen riesigen Anleihen materieller Art zu schweigen!).

Es verbietet sich darum um der Wahrhaftigkeit willen, unser Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland in solchen Schwarz-Weiß-Gegenüberstellungen zu zeichnen, wie es der Aufruf tut. Wenn wir vielmehr wahre Ideale haben, dann wird sich deren Kraft daran erweisen, daß wir sie nicht ängstlich für unser kleines Völkchen reservieren. Den Schaden, den solch ein Provinzsozialismus anrichten kann, sehen wir ja schon heute an dem, was wir unserem freiheitsliebenden polnischen Nachbarvolk mit unseren phantasielosen "Maßnahmen" antun. Mit dem Geist der Abgrenzung und des Angstmachens aus es ein Ende haben. Was aber in unseren Lande an Idealen einer wahrhaft freien Gesellschaft zukunftsfruchtig ist, das werden wir positiv in die Prozesse des Zusammenwachsens der europäischen Staaten und damit auch der beiden deutschen Staaten einbringen.

Wolf Krötke